

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU**Solidarität mit der Polizei – Gewalt gegen Polizeibeamte mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegen**

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine grundlegende staatliche Aufgabe. Die Polizei nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein. Ihr oberster Auftrag ist der Schutz der Bevölkerung vor Straftaten und die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Diese Herausforderung füllt die Polizei auf vielfältigste Weise aus: Zu ihren Aufgaben gehören die Sicherung von öffentlichen Veranstaltungen, genauso wie die Verkehrsüberwachung und die Verfolgung von Straftaten. Sie fungiert unter der Notrufnummer 110 oftmals als erster Ansprechpartner in allen erdenklichen Notlagen und leistet schnell und bürgernah Hilfe. Die Polizei arbeitet dabei sowohl präventiv, um Gefahren frühzeitig abzuwehren und Straftaten schon vor der Ausführung zu vereiteln, als auch in der Strafverfolgung. Durch diese Unterstützung für die Staatsanwaltschaft, stellt die Polizei sogleich ein zentrales Element unseres Rechtsstaates dar.

Auch wir im Stadtstaat Bremen sind in hohem Maße auf die Arbeit der Polizei angewiesen, um ein friedliches und sicheres Miteinander in unseren beiden Städten zu gewährleisten. Oftmals stehen die Polizeibeamten dabei in der ersten Reihe: Sie setzen das Recht zum Schutz der Bürger um. Daneben leisten sie über den eigentlichen Aufgabenbereich hinausgehende aber dennoch unerlässliche soziale Arbeit.

Als Hüter unserer aller Sicherheit könnten die Polizeibeamten eine besondere Wertschätzung und Respekt erwarten. In ihrer täglichen Arbeit ist jedoch häufig das Gegenteil der Fall und Polizeibeamte sehen sich Gewalt und massiven Beleidigungen ausgesetzt. Neben einer zunehmenden allgemeinen Respektlosigkeit im Umgang mit der Polizei ist eindeutig festzustellen, dass die Hemmschwelle bei körperlicher Gewalt gegen Polizeibeamte gesunken ist und weiter sinkt. Polizisten werden bespuckt und müssen Angriffe mit Flaschen, Metallblöcken, Eisenstangen und anderen Gegenständen erdulden. Ohne ersichtlichen Grund werden sie wegen ihres Berufs zur Zielscheibe von Gewalt.

Die jüngsten Vorkommnisse in Hamburg stellen hierbei nur einen weiteren besorgniserregenden Beleg für die zunehmende Respektlosigkeit und mangelnde Wertschätzung gegenüber der Polizei dar.

Diese Respektlosigkeit, gepaart mit einer zunehmenden Personalreduzierung und der daraus folgenden Arbeitsverdichtung, führen zu einem Motivationsverlust innerhalb der Polizei. Die Beamten fühlen sich nicht wertgeschätzt und immer mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Sowohl von Teilen der Bevölkerung als auch aus Reihen der Politik fehlt häufig die notwendige Solidarität.

Für ihre vielfältige und existenziell wichtige Arbeit benötigt die Polizei neben der Verankerung in der Mitte der Gesellschaft und der Rückendeckung der Justiz jedoch auch die Anerkennung und den Rückhalt der Politik. Nur bei entsprechender Einbettung in die gesellschaftlichen Instanzen kann die Polizei die ihr zugedachte Rolle adäquat ausfüllen und damit ihren wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

Wir bekennen uns zu unserer Polizei als wichtigsten Akteur zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und als elementare Stütze unserer gesellschaftlichen Ordnung, sowie unseres Rechtsstaates.

Wir erkennen die Arbeit der Polizei als existenzielle Aufgabe an und sprechen den Polizeibeamten unseren Respekt und unsere Wertschätzung für ihre Leistungen aus.

Wir verurteilen jegliche Form von Gewalt gegenüber Polizeibeamten und sprechen uns für ein respektvolles Miteinander von Polizei und Bevölkerung aus.

Wir sind zutiefst beschämt und entsetzt über die ausufernde Gewalt gegen Polizeibeamte, wie sie zuletzt in Hamburg sichtbar wurde, und versichern den Polizisten unsere uneingeschränkte Solidarität.

Wir stehen ein für eine Polizei aus der Mitte der Gesellschaft und wenden uns entschieden gegen Versuche jeder Art, die Arbeit der Polizeibeamten zu marginalisieren.

Wir werden uns weiterhin interdisziplinär dafür einsetzen, Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten nicht zur Normalität werden zu lassen.

Wir werden dazu beitragen, dass Polizisten in der Öffentlichkeit, die ihnen gebührende Anerkennung erhalten und verhetzende oder diskriminierende Äußerungen nicht mehr länger dulden.

Wilhelm Hinners, Erwin Knapper, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU